
Die deutsche Energiewende: eine Herausforderung an die Industrie

Dr. Hubertus Bardt

Juni 2013

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

Robert Bosch Stiftung

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères gefördert.



Herausgeber: Dr. Yann-Sven Rittelmeyer und Prof. Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-36567-175-0

© Ifri – 2013 – Tous droits réservés

Ifri
27 rue de la Procession
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60
Email: accueil@ifri.org

Ifri-Bruxelles
Rue Marie-Thérèse, 21
1000 – Bruxelles – BELGIQUE
Tel.: +32 (0)2 238 51 10
Fax: +32 (0)2 238 51 15
Email: bruxelles@ifri.org

Website: ifri.org

Avant-propos

Die von Deutschland beschlossene Energiewende hat auf umwelt- und klimatechnischer Ebene Auswirkungen, aber auch nicht unerhebliche wirtschaftliche Folgen für Industrie und Bürger.

Im Rahmen einer Note du Cerfa, die das Cerfa letztes Jahr veröffentlicht hat (Brigitte Knopf, Hendrik Kondziella, Michael Pahle, Mario Götz, Thomas Bruckner, Ottmar Edenhofer, « *La sortie du nucléaire en Allemagne : scénarios de politique énergétique* »¹, *Note du Cerfa*, n°93, Februar 2012) wurden bereits die Folgen des Atomenergie-Ausstiegs hinsichtlich des Energiebedarfs, der Strompreise und des CO₂-Ausstoßes beleuchtet und verschiedene Szenarien für die Energiepolitik vorgestellt.

Der Anstieg der Stromkosten und die Schwierigkeiten, auf die die deutsche Industrie traf, haben zwischenzeitlich die politischen Debatten intensiviert und sie auf die öffentliche Ebene gehoben. Es stellt sich die Frage, inwiefern die getroffenen Entscheidungen und das deutsche Wirtschaftsmodell übereinstimmen.

Neben der Fokussierung auf die Exportwirtschaft, profitiert Deutschland durch die Hartz-Reformen von vergleichbar niedrigen Arbeits- und Produktionskosten und damit von einem Kostenvorteil. Kann letzterer jedoch im Rahmen einer Energiepolitik, die einen substantiellen Anstieg der Preise in der Industrie mit sich zieht, beibehalten werden?

Die vorliegende Analyse bewertet somit insbesondere die Probleme, auf die deutsche Unternehmen, besonders die energieintensivsten unter ihnen, im Rahmen der Energiewende gestoßen sind. Letztere wird nur erfolgreich durchgeführt werden können, wenn sie wirtschaftlich tragbar ist und den deutschen Industriesektor nicht zu stark belastet.

Das Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa)

¹ Diese Analyse kann kostenlos auf der Homepage des Ifri heruntergeladen werden: <http://www.ifri.org/?page=detail-contribution&id=7037&id_provenance=97>.

Der Autor

Dr. Hubertus Bardt ist stellvertretender Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Sozialpolitik am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Er arbeitet insbesondere über Umwelt- und Energiefragen.

Er absolvierte ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg und der Betriebswirtschaftslehre an der FernUniversität in Hagen.

Er veröffentlicht regelmäßig Analysen zu wirtschaftlichen und industriellen Fragen bezüglich der Energiewende und dem Klimawandel.

Zusammenfassung

Mit der Entscheidung für eine Energiewende, die international ohne Vorbild ist, hat Deutschland seine Industrie vor eine große Herausforderung gestellt. Zahlreiche Probleme treten durch diese Entwicklung zutage, oder werden sogar verschärft. Betroffen sind dabei die Strompreise, die Versorgungssicherheit, die Importe, die Speichermöglichkeiten sowie der Netzausbau. Während Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien oder der Energieeffizienz tätig sind, darauf hoffen können, von der Situation zu profitieren, sind Unternehmen mit hohem Energieverbrauch den Preiserhöhungen besonders ausgesetzt.

In diesem Zusammenhang sind Markt und Regulierung gleichermaßen in die Überlegungen einzubeziehen. Um funktionsfähig zu sein, müssen die Märkte reguliert werden, ohne dass dabei jedoch die Strukturen der Marktwirtschaft beschädigt werden. Die potenziell bedrohten Branchen und insbesondere die Unternehmen mit hohem Energieverbrauch müssen geschützt werden, da sie eng mit den anderen Industrien verbunden sind. Inländische Forschungs- und Entwicklungsnetzwerke, die ihre Stärke aus den Kooperationen und Vernetzungen zwischen den Industrien beziehen, wären von neuen Preiserhöhungen und möglichen Standortverlagerungen besonders betroffen.

Grundsätzlich ist eine bessere Integration der Energie- und Strompolitik auf europäischem Niveau entscheidend, vorwiegend was den Bereich Elektrizität betrifft. Die Vollendung eines europäischen Strombinnenmarktes würde es ermöglichen, kostengünstigeren Strom zu gewährleisten, der umweltfreundlich ist und mehr Versorgungssicherheit bietet.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	5
UMWELTPOLITIK IN DER STROMERZEUGUNG	7
NEUE GRUNDLAGEN IN DER STROMERZEUGUNG.....	9
STAATLICHE STEUERUNG FÜR DIE ENERGIEWENDE	12
DIE INDUSTRIE IN DER ENERGIEWENDE	16
FAZIT	22

Einleitung

Die Energiewende in Deutschland ist international ohne Vorbild. Es gibt keine Blaupause, der gefolgt und keine Erfahrungen, auf die zurückgegriffen werden kann. Die Energiewende, also die Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Quellen und der Ausstieg aus der Kernenergie, sind für die Energieversorgung und die großen Verbraucher eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Eine solche Politik kann nur dann als Vorbild dienen, wenn sie ohne größere Störungen der Stromversorgung und ohne inakzeptable Preissteigerungen gelingt. Die technische Herausforderung der Energiewende ist groß. Die Nebenbedingung, die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Industriestandort weiterhin zu sichern, ist ungleich schwerer zu erfüllen. Aber nur eine Energiewende, die auch ökonomisch für die Industrie tragbar ist, kann erfolgreich sein.

Spätestens mit dem Energiekonzept der Bundesregierung vom Herbst 2010² und dem geplanten beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie im Frühsommer 2011³, ist es politischer Konsens, dass die Energieerzeugung und speziell die Stromerzeugung bis zur Mitte des Jahrhunderts weitgehend umgestellt werden sollen auf kohlendioxidarme und hierbei vor allem auf erneuerbare Energien. Der Begriff „Energiewende“ bezeichnet diesen Prozess einer langfristigen Umstrukturierung des deutschen Energieerzeugungssystems⁴.

Die Energiewende der Bundesregierung ist im Parlament einhellig beschlossen worden. Praktisch umgesetzt ist sie damit noch nicht. Zahlreiche Probleme – etwa mit Blick auf die Strompreise, Versorgungssicherheit, Importe, Speichermöglichkeiten oder Netzausbau – werden im Zuge der Umsetzung dieses Projekts auftauchen oder sich verschärfen. Hier sind Lösungen gefragt, die regulatorisch durchgesetzt und/oder am Markt umgesetzt werden können. Die grundlegende Gefahr besteht darin, dass die Umstellung der Energieerzeugung zu sehr mit staatlichen Vorgaben vorangetrieben wird, so dass marktwirtschaftliche und effizienzsteigernde

² Bundesregierung, „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“, Kabinettsbeschluss vom 28.9.2010, Berlin.

³ Bundesregierung, „Der Weg zur Energie der Zukunft – sicher, bezahlbar und umweltfreundlich, Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Energiewende“, Berlin 2011.

⁴ H. Bardt, „Stromerzeugung zwischen Markt und Regulierung“, in: Weltenergieerat Deutschland (Hrsg.), *Energie für Deutschland 2012*, Berlin, S. 7-24.

Elemente zurückgedrängt werden. Diese Gefahr ist in puncto Strom, der aufgrund der Leitungsnetze regional gebunden und innerhalb eines europäischen Rahmens national regulierbar ist, am deutlichsten ausgeprägt. Gerade hier müssen die Marktkräfte innerhalb eines europäischen Binnenmarktes genutzt werden, um ein sicheres, bezahlbares und umweltverträgliches Stromangebot bereitstellen zu können.

Markt und Regulierung müssen nicht miteinander im Widerspruch stehen⁵. Ohne grundlegende Regelwerke wären Märkte gar nicht funktionsfähig. Schon der Schutz des Eigentums und die Durchsetzung von Verträgen basiert auf einer staatlichen Struktur. Aus verschiedenen Gründen ist der Strommarkt ganz besonders auf Regeln für einen funktionierenden Wettbewerb angewiesen. Vor allem lässt sich ein diskriminierungsfreier Wettbewerb im Stromnetz nur dann sicherstellen, wenn der Netzzugang für alle Anbieter offengehalten und die Preise entsprechend reguliert werden. Auch die Integration klimarelevanter Überlegungen in die Entscheidungen der Marktteilnehmer entsteht nicht spontan, sondern durch staatlichen Eingriff. Regulierung ist also in gewissem Maße die Voraussetzung für den Wettbewerb.

Regulierung kann aber auch marktwirtschaftliche Strukturen zerstören. Im Bereich der Stromerzeugung liegt die Gefahr darin, dass gesetzliche Vorgaben Marktmechanismen nicht nutzen, stützen oder ergänzen, sondern sie ersetzen. Marktprozesse sind aber dringend erforderlich, um die Innovationen und Effizienzniveaus zu ermöglichen, die für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar sind. Nur so lassen sich die volkswirtschaftlichen Kosten in Grenzen halten. Die Dimension der mit der Energiewende gestellten komplexen Herausforderungen, bringt es mit sich, dass eine Regulierung anspruchsvoller wird und daher die Möglichkeiten der Marktkräfte nutzen sollte.

⁵ H. Bardt, „Regulierungen im Strommarkt. Umweltschutz und Wettbewerb“, *IW-Positionen*, Nr. 17, Köln, 2005.

Umweltpolitik in der Stromerzeugung

Die Energiewende ist eine große Herausforderung für das Energiesystem. Traditionell steht die Energiepolitik vor der Aufgabe, verschiedene Ziele miteinander in Einklang zu bringen. Entsprechend dem Postulat der Nachhaltigkeit muss auch die Energiepolitik einer Reihe von Zielsetzungen folgen, die sich im Leitbild des energiepolitischen Zieldreiecks aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zusammenfassen lassen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten richtete sich der Blick dabei fast nur auf die Umweltverträglichkeit. Vor allem die Struktur der Stromerzeugung wird seit langem hervorgehoben und kontrovers diskutiert. Es kam zu einer Akzentverschiebung hin zu einer anspruchsvolleren Klimapolitik und damit verbunden zu einer Priorisierung erneuerbarer Energien.

Mit der Einführung des Stromeinspeisegesetzes im Jahr 1991 wurde zum ersten Mal die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien systematisch gefördert. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat die Vorgängerregelungen ab dem Jahr 2000 abgelöst und zu einem umfangreichen Ausbau erneuerbarer Energien geführt. Ziel der Gesetze war die verstärkte Nutzung von Erzeugungstechnologien, die weit weniger Treibhausgase emittieren und die Ressourcen stärker schonen als konventionelle Kraftwerkstechniken. Auch andere grundlegende Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen nach der Marktliberalisierung von 1998 waren im Wesentlichen umwelt- und klimapolitisch motiviert. Die Einführung der Stromsteuer im Jahr 1999 sollte den Stromverbrauch senken. Der Emissionshandel bei kontinuierlich sinkender Emissionsobergrenze soll ebenfalls den Ausstoß von Treibhausgasen verringern. Auch der Ausstieg aus der Kernenergie wurde mit umweltpolitischen, wenn auch nicht mit klimapolitischen Argumenten begründet, da es sich hierbei um eine Form der Energieerzeugung mit minimalen Treibhausgasemissionen handelt und dies über die ganze Prozesskette hinweg.

Diese Betrachtungen machen deutlich, dass die umweltpolitische Dimension im energiepolitischen Zieldreieck eine besondere Bedeutung gehabt hat und weiterhin hat. Während die Versorgungssicherheit noch aufrechterhalten werden konnte, ging die Entwicklung vor allem zulasten von Wirtschaftlichkeit und Preiswürdigkeit der Stromversorgung. Diese Verschlechterung ist zu einem nicht kleinen Teil auf die zusätzlichen staatlichen und klimapolitisch motivierten Belastungen aus Stromsteuer, EEG, Kraft-

Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) und Emissionshandel zurückzuführen. Hierin zeigen sich deutlich die Zielkonflikte der Energiepolitik⁶.

⁶ H. Bardt, „Energieversorgung in Deutschland – wirtschaftlich, sicher und umweltverträglich“, *IW-Positionen*, Nr. 45, Köln; IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln, „Energie für das Industrieland Deutschland. Stellungnahme zum Energiekonzept der Bundesregierung“, Köln, 2010.

Neue Grundlagen in der Stromerzeugung

Die Energiewende hat nicht nur erheblichen Einfluss auf das Energieangebot und die Struktur der Stromerzeugung. Die Verbraucher werden von den Veränderungen ebenfalls stark betroffen sein. Dies gilt sowohl für private Haushalte, als auch für Unternehmen. Beide müssen mit steigenden Strompreisen und möglicherweise auch mit wachsenden Stromversorgungsrisiken rechnen. Für die Industrie als großer Stromverbraucher stellt sich die Frage nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – zumindest bei besonders energieintensiven Unternehmen. Aber auch Firmen, die auf die Zulieferungen energieintensiver Unternehmen angewiesen sind, können in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden. Die enge Vernetzung und die gemeinsamen Innovationsprozesse in der gesamten Wertschöpfungskette sind ein wichtiger Vorteil des Standorts Deutschland. Hohe Energiekosten können diese Vernetzung bedrohen und damit einen wichtigen Pfeiler des Wohlstandes hierzulande schwächen. Diesem gesamtwirtschaftlichen Risiko stehen neue Marktchancen für bestimmte Branchen entgegen, die sich durch eine verstärkte Nachfrage nach effizienten und klimafreundlichen Technologien ergeben.

Mitte März 2011 wurden unter dem Eindruck des Reaktorunglücks von Fukushima acht Kernkraftwerke in Deutschland zunächst vorläufig und später dann endgültig stillgelegt. Die verbleibenden Kernkraftwerke sollen in den nächsten Jahren vom Netz gehen. Damit wurde eine jahrzehntelange Debatte beendet und eine Technik zur Stromerzeugung in Deutschland wird aus dem Erzeugungsmix herausgenommen.

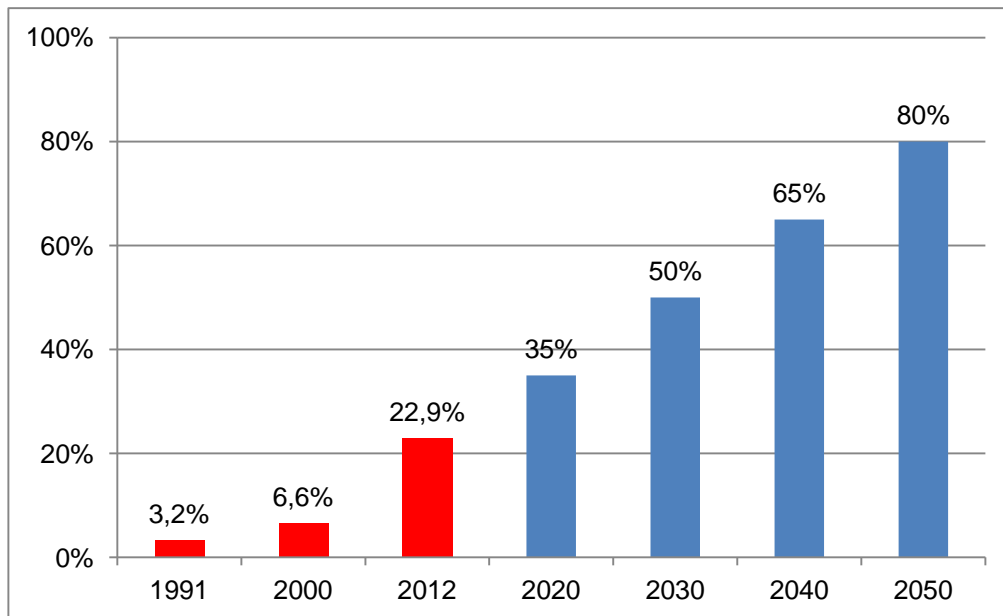
Es wäre jedoch falsch, die Energiewende auf das Abschalten von Kernkraftwerken zu reduzieren. Die Energiewende ist deutlich umfassender und zielt darauf ab, in einem über mehrere Jahrzehnte laufenden Prozess die gesamte Versorgungsbasis und -struktur neu zu gestalten und die hierfür notwendigen Infrastrukturen zu schaffen.

Kernelement der Energiewende ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien, die bis zur Mitte des Jahrhunderts die Stromversorgung in Deutschland dominieren sollen. Hintergrund dieser Politik ist das Ziel der Bundesregierung und aller politischen Parteien, das Klima zu schützen und daher die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren – bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Jahr 1990. Mit dem Emissions-

handelssystem der Europäischen Union (EU) werden die Gesamtemissionen aus Kraftwerken und großen Industrieanlagen gedeckelt. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz werden zusätzlich einzelne klimafreundlichere Technologien differenziert gefördert.

Abbildung 1 Erneuerbare Energien in Deutschland

Anteile am Stromverbrauch, ab 2020 Ziele der Bundesregierung



Quellen: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; EEG

Die Bundesregierung hat für den Ausbau erneuerbarer Energien ambitionierte Zielvorstellungen entwickelt. So soll der Anteil von Ökostrom – Strom aus Windkraft, Solarkraft, Biomasse oder anderen regenerativen Quellen – am Stromverbrauch gemessen bis 2050 auf 80 Prozent steigen (Abbildung 1). Für die Jahrzehnte auf dem Weg dahin, sind Zwischenziele vorgesehen. Damit soll die Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt und verstärkt werden. Der Anteil der politisch favorisierten regenerativen Quellen ist von 3,2 Prozent im Jahr 1991 auf 22,9 Prozent im Jahr 2012 gestiegen. Nach diesem Zuwachs um fast 20 Prozentpunkte innerhalb von gut zwei Jahrzehnten soll in dem doppelt so langen Zeitraum bis zur Jahrhundertmitte ein Anstieg um weitere rund 60 Prozentpunkte erreicht werden – allerdings auf einem, verglichen mit heute, niedrigeren Verbrauchs- und Erzeugungsniveau. Auch die EU möchte – wie in ihrem „Energiefahrplan 2050“ beschrieben – die Energieerzeugung dekarbonisieren. Die Festlegung von Zielen genügt jedoch nicht, um tatsächlich eine Veränderung zu erreichen, die weiterhin ein hohes Niveau an Versorgungssicherheit garantiert und ein verträgliches Preisniveau beibehält. Vielmehr besteht die Gefahr, dass Ziele dann, wenn ihre Erreichung nicht durch systemadäquate Veränderungsschritte gestützt wird, unabhängig von den Kosten-

wirkungen verfolgt werden und damit unnötig hohe gesamtwirtschaftliche Kosten erzeugen.

Während der Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix durch politische Zielgrößen bestimmt wird, gibt es für den Mix der verbleibenden Stromquellen keine konkreten Vorgaben. Hier kommen Importe sowie – nach dem Auslaufen der Kernenergie – konventionelle fossile Kraftwerke infrage, also Kraftwerke, die mit Erdgas, Steinkohle oder Braunkohle betrieben werden. Es wird aber immer schwieriger, solche Anlagen wirtschaftlich zu betreiben, wenn sie zunehmend nur als Ergänzung zu der je nach Wetterlage schwankenden Stromproduktion aus erneuerbaren Energien eingesetzt werden und daher ihre Betriebsstundenzahl immer weiter zurückgeht. Auch Speichertechnologien stehen bislang nicht in der notwendigen Qualität und zu verträglichen Preisen als Ersatz für kurzfristig fehlenden Strom aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung.

Ferner müssen in den kommenden Jahren hohe Investitionen in die Netzinfrastruktur getätigt werden, um die großen Herausforderungen einer stabilen Energieversorgung schultern zu können. Der Ausbau der europäischen Übertragungsnetze ist zwingende Voraussetzung für einen funktionierenden europäischen Strommarkt. Analoge Forderungen gelten für die Netze in Deutschland. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien fallen Stromerzeugung und Stromverbrauch räumlich weiter auseinander als bisher. Das muss durch entsprechende Netzkapazitäten überbrückt werden. Damit ist die Integration der erneuerbaren Energien vom Fortschritt beim Netzausbau abhängig. Bei der Infrastrukturerstellung sind neben technischen Fragen auch und vor allem Wirtschaftlichkeits- und Akzeptanzfragen zu lösen⁷.

Nicht zuletzt basiert das Gelingen der Energiewende, mit einem deutlichen Anwachsen des Anteils erneuerbarer Energien bis zur Jahrhundertmitte, auf einem signifikanten Rückgang der Stromproduktion in Deutschland. Ein verringerter Stromverbrauch aufgrund steigender Energieeffizienz und ein zunehmender Stromimport sollen es erleichtern, die Quote von Strom aus erneuerbaren Quellen in Deutschland zu erhöhen. Allein bis zum Jahr 2030 wird von einem Rückgang der heimischen Stromerzeugung um 25 Prozent und mehr ausgegangen. Ob es aber tatsächlich zu einem schnellen und deutlichen Sinken des Stromverbrauchs kommt, muss angesichts der Verbrauchssteigerungen der letzten Jahre bezweifelt werden. Die Energiewende ist noch nicht gelungen. Das bisher Geleistete waren nur die ersten Schritte eines langen und schwierigen Weges.

⁷ Deutsche Energie-Agentur (dena), *Energiewirtschaftliche Planung für die Netzintegration von Windenergie in Deutschland an Land und Offshore bis zum Jahr 2020*, Berlin, 2005; dena, *Integration erneuerbarer Energien in die deutsche Stromversorgung im Zeitraum 2015–2020 mit Ausblick 2025*, Berlin, 2010; Übertragungsnetzbetreiber, *Netzentwicklungsplan Strom 2012. Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber*, Berlin, 2012.

Staatliche Steuerung für die Energiewende

Mit der Energiewende stellt sich die Frage nach der Regelungslogik in der Energieversorgung und speziell in der Stromversorgung neu. Da der Ausbau der erneuerbaren Energien ein politisch gewünschtes Ziel und kein spontanes Marktergebnis ist, gewinnen staatliche Regulierungsansätze an Bedeutung. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass bewährte marktwirtschaftliche und wettbewerbliche Prinzipien auf dem Strommarkt nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden.

Strom nach dem EEG wird unabhängig von den üblichen Marktmechanismen eingespeist und vergütet. Die Höhe der Einspeisevergütung richtet sich nicht nach dem Marktpreis, sondern nach dem Gesetz. Sie steht fest und wird unabhängig von der Höhe des Strompreises gezahlt. Darüber hinaus hat der EEG-Strom Vorrang im Netz. Egal, ob gerade viel oder wenig preiswerter Strom zur Verfügung steht, und egal, ob gerade viel oder wenig Strom benötigt wird: EEG-Strom muss abgenommen werden. Angebote aus anderen Stromquellen sowie Nachfrage und Preise haben keine steuernde Funktion. Notfalls sind die Abnehmer dafür zu bezahlen, den überflüssigen Strom zu nutzen, oder die Betreiber von Windkraft- oder Photovoltaikanlagen sind zu entschädigen, wenn die Anlagen vom Netzbetreiber abgeschaltet werden müssen. Die aktuelle Marktentwicklung spielt hierbei keine Rolle.

Die Höhe der Einspeisevergütung bemisst sich im Prinzip nach den Kosten der Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen und soll über die Verzinsung zudem einen Anreiz zum Bau von entsprechenden Anlagen beinhalten. Ein Interesse zur Kostendämpfung besteht damit nur in dem Maße, in welchem der Vergütungssatz über die Jahre verringert wird. Vor allem wird der Anreiz beeinträchtigt, jeweils eine möglichst effiziente und damit kostengünstige Technik zur Nutzung der erneuerbaren Energien einzusetzen. Denn da bei jeder Technik je nach Spezifikation bestimmte kostenbasierte Einspeisevergütungen gezahlt werden, profitiert ein Stromanbieter nicht davon, beispielsweise günstige Windenergie statt teurer Solarenergie zu installieren. Das führt dann zwar dazu, dass verschiedene Technologien weiterentwickelt und verwendet werden, aber es werden nicht die kostengünstigsten Lösungen ausgewählt – für die Stromverbraucher wird es somit teurer. Zudem fehlt eine entscheidende Wirkung eines wettbewerblichen Marktes völlig: Wenn die Kosten besonders hoch sind, wird normalerweise weniger nachgefragt und das Angebot sinkt. Für EEG-Strom gibt es einen solchen

Effekt nicht: Auch wenn der geförderte Strom sehr teuer ist, muss er laut Gesetz uneingeschränkt abgenommen werden. Es gibt keine Mengengrenze für den subventionierten Strom.

Die bisherige Förderung durch das EEG brachte drei wesentliche Entwicklungen mit sich:

- **Erstens** ist der Anteil der erneuerbaren Energien massiv gestiegen. Ohne die Förderung wäre der Zuwachs bei der Nutzung regenerativer Energiequellen in der Stromerzeugung zumindest nicht in diesem Ausmaß erfolgt. Ein weiterer Ausbau wird als zentrales Element der Energiewende angestrebt, birgt jedoch einige Probleme. Strom aus Wind- und Sonnenenergie schwankt in Abhängigkeit vom Wetter. Für eine sichere Stromversorgung muss gewährleistet sein, dass diese Schwankungen bewältigt werden können. Außerdem bedarf die Zunahme bei den erneuerbaren Energien eines massiven Netzausbaus.
- **Zweitens** haben sich erhebliche Kosten angesammelt. Allein im laufenden Jahr werden für den EEG-Strom voraussichtlich 19,0 Milliarden Euro gezahlt, obwohl er nur etwa 2,5 Milliarden Euro wert ist. Die Subventionen aus dem EEG belaufen sich demnach für das Jahr 2013 auf rund 16,5 Milliarden Euro. Die kumulierten Subventionen von 2000 bis 2012 betragen fast 81,8 Milliarden Euro – zusätzlich zum eigentlichen Wert des Stroms⁸. Allein für die installierten Photovoltaikanlagen werden Gesamtkosten von 100 Milliarden Euro vermutet – ein großer Teil davon wird in der Zukunft zu tragen sein⁹.
- **Drittens** bedrängt das EEG zunehmend den Strommarkt. Was als Modell kleiner Subventionen für Nischenanbieter begann, eignet sich nicht als Förderrahmen für einen Großteil der Stromerzeugung.

Will man die erneuerbaren Energien weiterhin fördern, muss ein Mechanismus gefunden werden, der die Kräfte des Wettbewerbs nutzt. Eine Aushebelung des Marktes, der eine möglichst günstige und bedarfsgerechte Bereitstellung von Strom garantiert, würde hohe gesamtwirtschaftliche Kosten mit sich bringen. Wie lässt sich der Strommarkt auch in der Energiewende erhalten? Langfristig werden Elemente der Bepreisung von Versorgungssicherheit den reinen Strommarkt ergänzen müssen, wenn grenzkostenfreie Wind- und

⁸ BDEW, *Erneuerbare Energien und das EEG: Zahlen, Fakten, Grafiken*, Berlin, 2013.

⁹ M. Frondel, C. M. Schmidt und C. Vance, „Germany’s Solar Cell Promotion: An Unfolding Disaster“, *Ruhr Economic Papers*, Nr. 353, Bochum, 2012.

Solkraftwerke das Stromangebot dominieren und auf einem reinen Strommarkt keine, zur Deckung der gesamten Kosten, ausreichenden Marktpreise zustande kommen sollten. Dieses Risiko ist jedoch insbesondere dann zu erwarten, wenn die europäische Integration des Strommarktes nicht ausreichend fortgeführt wird.

Entscheidend ist, dass langfristig der direkte Eingriff in den Preismechanismus, der Grundlage jedes Marktes ist, minimiert werden kann. Damit wären beispielsweise besonders teure Solaranlagen in sonnenarmen Gegenden Deutschlands nur bei weiteren deutlichen Kostensenkungen wirtschaftlich. Hier sind bereits große Fortschritte gemacht worden. Sehr viel näher ist die Wirtschaftlichkeit aber bereits heute in sonnenreichen Gegenden wie beispielsweise in Spanien. Wenn zusätzlich die Entwicklung einzelner Technologien unterstützt werden soll, muss über zeitlich begrenzte Maßnahmen, beispielweise eine erhöhte Forschungsförderung, nachgedacht werden.

Aber auch mit Veränderungen im bestehenden System lassen sich die Marktkräfte stärken. Dies kann zum Beispiel durch Regelungen zu einem beschleunigten Herauswachsen der erneuerbaren Energien aus dem Förderregime organisiert werden. Eine Verpflichtung zu einer zunehmenden Eigenvermarktung von Strom oder eine beschleunigte Absenkung der Einspeisevergütung können Marktdruck in den Bereich des EEG bringen. Weitere Ansätze der Schaffung von Anreizen innerhalb und außerhalb des Fördersystems sind denkbar. Wichtig ist dabei jedoch auch, dass Revisionsmöglichkeiten der Regulierungen und der dahinterliegenden konkreten Ziele beibehalten werden, um die Marktkräfte in ihrer Innovations- und Effizienzwirkung zu stärken.

Auch der Markt der konventionellen Stromerzeugung ist bedroht. Selbst wenn regenerative Quellen in Zukunft den meisten Strom liefern, wird es auch immer wieder Stunden geben, in denen kaum Wind weht und keine Sonne scheint. Hier werden zur Versorgungsabsicherung in großem Umfang konventionelle Kraftwerke erforderlich sein¹⁰ – sofern es nicht zu Technologiesprüngen bei den Speichermöglichkeiten kommt. Konventionelle Kraftwerke rechnen sich allerdings immer weniger, wenn sie immer weniger Stunden im Jahr am Netz sind. Daher wird über sogenannte Kapazitätsmärkte diskutiert¹¹. Die Idee ist, die Bereitstellung der Erzeugungskapazitäten zu fördern, auch wenn sie nur als Back-up

¹⁰ Dena, *Integration der erneuerbaren Energien in den deutsch-europäischen Strommarkt*, Berlin, 2012.

¹¹ M. Nicolosi, „Notwendigkeit und Ausgestaltungsmöglichkeiten eines Kapazitätsmechanismus für Deutschland. Zwischenbericht“, Umweltbundesamt, *Climate Change*, Nr. 12/2012, Dessau; Consentec, *Versorgungssicherheit effizient gestalten. Erforderlichkeit, mögliche Ausgestaltung und Bewertung von Kapazitätsmechanismen in Deutschland*, Aachen, 2012; Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (EWI), *Untersuchungen zu einem zukunftsfähigen Strommarktdesign*, Köln, 2012.

zur Verfügung stehen und selten abgerufen werden. Damit würden dann aber nicht nur die erneuerbaren Energien über Umlagen statt über Preise finanziert, sondern auch – je nach konkreter Ausgestaltung der Kapazitätsmärkte – die verbleibenden Gas- oder Kohlekraftwerke. Faktisch droht damit im schlechtesten Fall für den konventionellen Kraftwerkspark ebenfalls die Rückkehr zur Welt der kostenbasierten Preisregulierung, bei der Kosten erstattet und nicht Marktpreise erwirtschaftet werden.

Eine verstärkte Integration der europäischen Strommärkte würde für zusätzlich nutzbare Kapazitäten in anderen Ländern der EU und für neue Absatzgebiete für Strom sorgen. Das Problem der sinkenden Stundenzahl und damit verbunden der fehlenden Wirtschaftlichkeit von konventionellen Kraftwerken lässt sich dadurch mildern, ohne dass zwingend eine Subventionierung von Kapazitäten erfolgen muss. Um die Stromversorgung trotz schwankender Erzeugung aus erneuerbaren Energien sicherzustellen, ist eine Vielfalt von Maßnahmen zur Flexibilisierung von Angebot und Nachfrage notwendig. Dazu gehören Importe, Back-up-Kraftwerke, die Flexibilisierung der Nachfrage oder neue Speichertechnologien. Daher darf die Diskussion nicht auf die Frage der möglichen Förderung von Kraftwerken verengt werden. Der optimale Mix der Flexibilitätsmaßnahmen kann kaum zentral von staatlichen Stellen bestimmt werden. Hier ist ein Marktmechanismus notwendig.

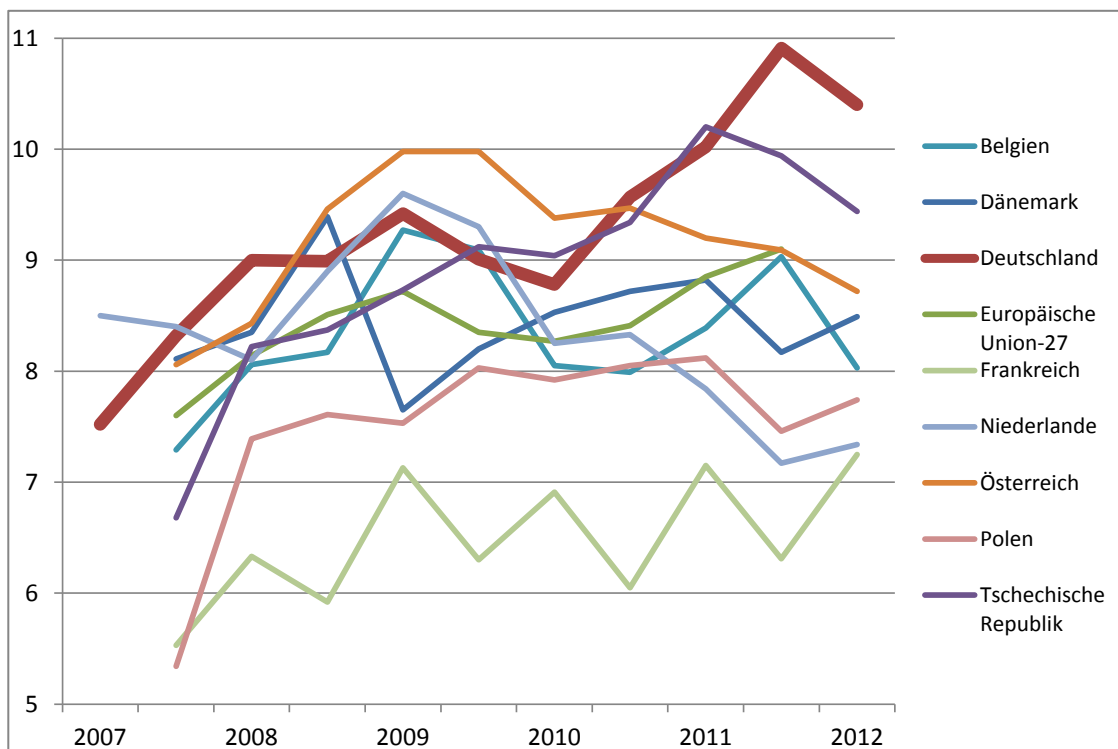
Ein funktionierender Preismechanismus ist die entscheidende Basis für eine marktwirtschaftliche Ordnung. Ohne freie Preise gibt es keinen Markt. Statt des Wettbewerbs um innovative, effiziente und preiswerte Lösungen gibt es dann einen Wettbewerb um Subventionen für die unterschiedlichen Technologien. In einer subventionsgestützten Welt wird die Stromerzeugung ineffizient und teuer. Die Herausforderungen der Energiewende sind mit einer kostenbasierten Stromgebühr nicht zu bewältigen. Erhebliche Zusatzbelastungen für Privathaushalte, insbesondere aber für energieintensive Unternehmen wären die Folge.

Die Industrie in der Energiewende

In den letzten Jahren sind die Strompreise inklusive der Steuern (ohne Mehrwertsteuer) und Abgaben deutlich angestiegen. Allein zwischen Anfang 2007 und Anfang 2012 hat der Industriestrompreis in Deutschland (als Summe des Großhandelspreises, der Netzentgelte und der Steuern und Abgaben ohne Mehrwertsteuer) für größere industrielle Verbraucher von 7,5 Cent auf 10,4 Cent je Kilowattstunde zugelegt (Abbildung 2). Dies entspricht einer Steigerung um fast 40 Prozent in nur fünf Jahren.

Abbildung 2
Industriestrompreise in der EU, Deutschland und seine Nachbarländern

In Eurocent je Kilowattstunde, ohne Mehrwertsteuer.
Abnahmemenge der Industrieunternehmen: jeweils 20.000 bis 70.000
Megawattstunden

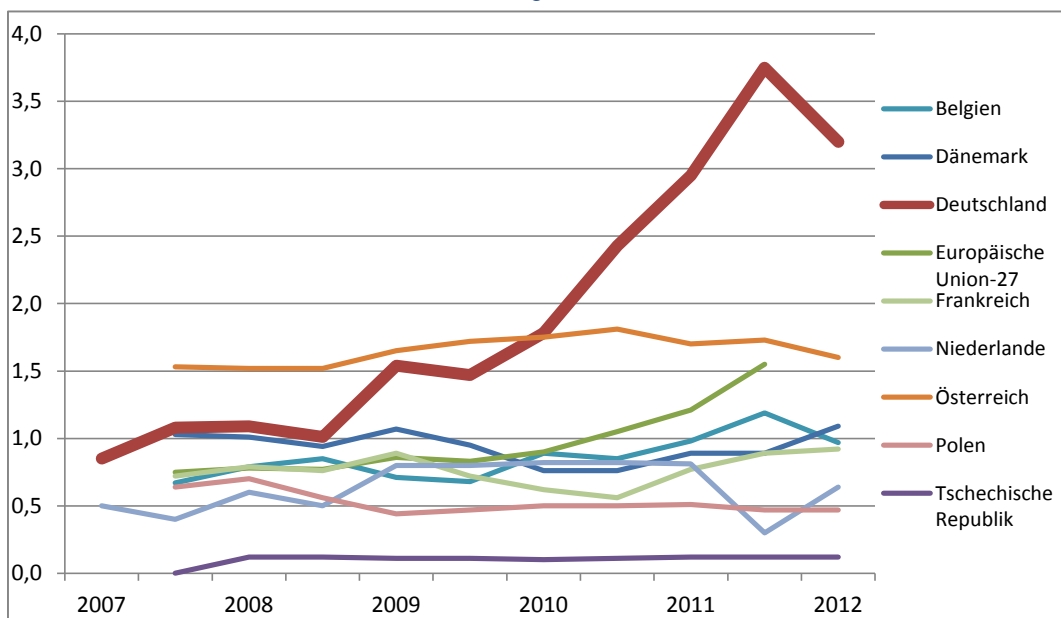


Quelle: Eurostat

Damit bleibt der Kostennachteil Deutschlands gegenüber bestimmten Konkurrenzländern hoch. So ist etwa in Frankreich Strom für Industriekunden deutlich günstiger; dies ist nicht zuletzt auf die dort staatlich gestützten Preise für Industriekunden zurückzuführen. Industriestrom in Deutschland ist für große Abnehmer über 40 Prozent teurer als im südwestlichen Nachbarland. Dieser Strompreisnachteil gegenüber Frankreich und anderen Ländern ist seit Jahren konstant hoch. Von einer preiswerten Energieversorgung kann, gemessen an den umliegenden Standorten, demnach keine Rede sein.

Abbildung 3
Abgaben auf Industriestrom in der EU, Deutschland und seine Nachbarländern

In Eurocent je Kilowattstunde, ohne Mehrwertsteuer.
Abnahmemenge der Industrieunternehmen: jeweils 20.000 bis 70.000
Megawattstunden.



Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen

Während der Strompreis ohne Steuern (also die Summe aus Großhandelspreis und Netzentgelten) in Deutschland seit dem Jahr 2007 nur sehr moderat gestiegen ist – von 6,7 Cent je Kilowattstunde auf 7,2 Cent je Kilowattstunde bei einer Abnahmemenge zwischen 20.000 und 70.000 Kilowattstunden pro Jahr –, sind die steuerlichen Belastungen erheblich gewachsen. Ohne staatliche Belastungen liegen die Preise im EU-Durchschnitt deutlich günstiger. Vor allem staatlich verursachte Abgaben machen den Strom in Deutschland im Vergleich so teuer. Dies zeigt auch die Entwicklung der Abgabenbelastungen auf Strom (ohne Mehrwertsteuer) in den letzten Jahren.

Während diese in den meisten anderen Ländern recht stabil waren und höchstens um bis zu rund 0,5 Cent je Kilowattstunde gestiegen oder sogar gesunken sind, stiegen die Zusatzbelastungen in Deutschland von fast 0,9 auf 3,2 Cent je Kilowattstunde an (Abbildung 3).

Die Industrie zählt zu den Hauptbetroffenen der Energiewende. Als großer Stromabnehmer sieht sie sich allen heute und zukünftig entstehenden Risiken bei Versorgung und Kosten des Strombezugs ausgesetzt. Die ständige Aufrechterhaltung der Stromversorgung ist für die Industrie, aber auch für die öffentlichen Infrastrukturen und für die Privathaushalte von essenzieller Bedeutung¹². Offensichtlicher sind jedoch zunächst die Kostenprobleme, die durch erhöhte Energiepreise entstehen. Die Diskussion um das Zurückfahren bestimmter Ausnahmeregelungen ist zudem ein politisches Risiko, welches Investitionsentscheidungen am Standort Deutschland erschwert. Dies trifft insbesondere energieintensive Industrien. Ferner können auch die weniger betroffenen Branchen an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, und zwar durch die Veränderung der Wertschöpfungsketten. Mit der Energiewende sind allerdings auch einige neue wirtschaftliche Chancen verbunden.

Schon heute bemerken zahlreiche Unternehmen in der Industrie erste Veränderungen aufgrund der Energiewende¹³. Dabei geht es jedoch nicht nur um den Kernenergieausstieg, sondern auch und vor allem um die Wirkungen der längerfristigen Anpassungen hin zu einer Stromversorgung mit stark steigenden Anteilen erneuerbarer Energien.

Die deutschen Unternehmen registrieren eine Verschlechterung der Kostensituation. Während die marktbasieren Nettopreise für den Strombezug in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben sind, wuchsen die Abgaben durch Steuern und Umlagen deutlich. Über 80 Prozent der Unternehmen haben deshalb merkliche Energiekostensteigerungen zu schultern. Auf mittlere Sicht nimmt dieser Anteil voraussichtlich weiter zu (Abbildung 4).

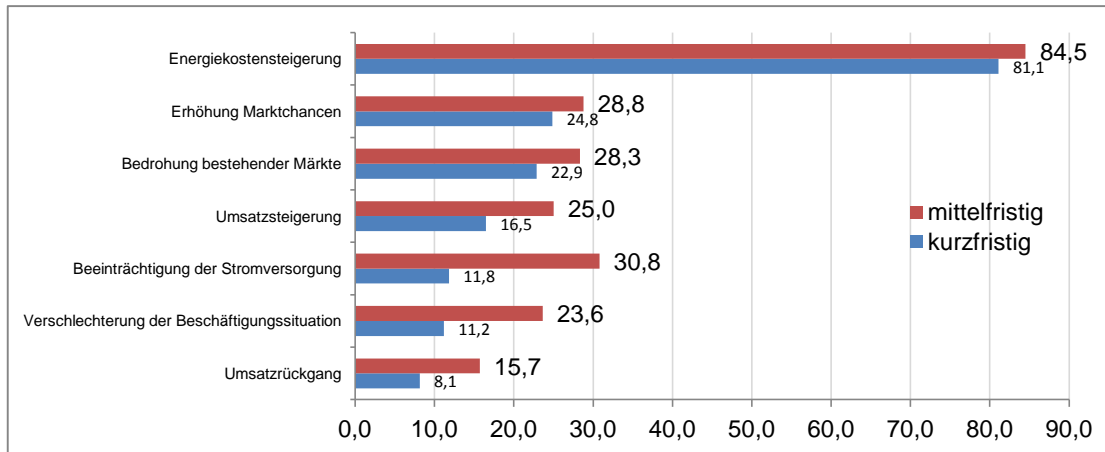
¹² T. Petermann, H. Bradke, A. Lüllmann, M. Poetzsch und U. Riehm, „Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften am Beispiel eines großräumigen Ausfalls der Stromversorgung“, Arbeitsbericht Nr. 141 des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin, 2010.

¹³ H. Bardt und H. Kempermann, „Folgen der Energiewende für die Industrie“, *IW Positionen*, Nr. 58, Köln, 2013.

Abbildung 4 Direkte Folgen der Energiewende für die Industrie

Antworten auf die Frage: „Hat die Energiewende konkrete Folgen für Ihr Unternehmen?“, in Prozent der befragten Unternehmen.

N = 740; Angaben „trifft zu“ und „trifft eher zu“.



Quelle: IW-Zukunftspanel 2012, 19 Befragungswelle

Verbesserte Marktchancen durch die Energiewende sieht kurzfristig knapp ein Viertel der Unternehmen. Mit den Marktchancen einhergehend hält ein Viertel der Unternehmen mittelfristige Umsatzsteigerungen durch die Energiewende für realisierbar. Etwas größer ist der Anteil der Unternehmen, die bestehende Märkte bedroht sehen. Ein damit zusammenhängendes Sinken der Beschäftigtenzahlen oder der Umsätze erwarten kurzfristig jeweils ungefähr 10 Prozent der Unternehmen, mittelfristig allerdings fast 24 Prozent (Beschäftigung) und fast 16 Prozent (Umsätze).

Die größte Veränderung vermuten die Unternehmen bei der Stabilität der Stromversorgung: Während lediglich knapp 12 Prozent von ihnen angeben, dass die Beeinträchtigung ihrer Stromversorgung für sie bereits kurzfristig eine konkrete Folge der Energiewende ist, steigt dieser Anteil bei der mittelfristigen Betrachtung auf knapp 31 Prozent und damit um fast 20 Prozentpunkte.

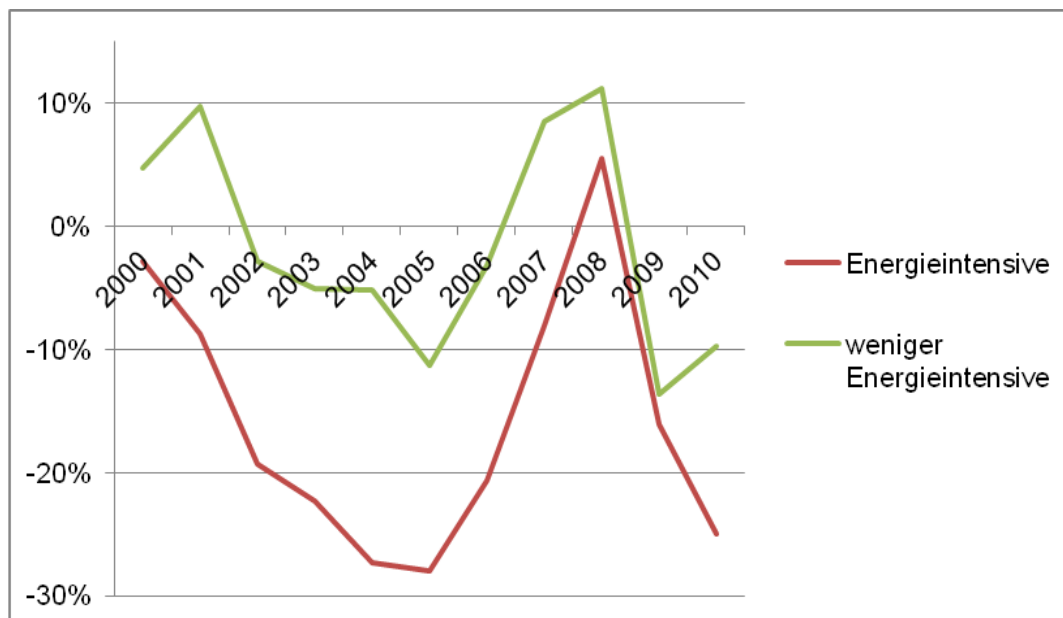
Die Resultate zeigen, dass besonders die steigenden Energiekosten Einfluss auf die Unternehmen haben. Diese Beobachtung gibt speziell für energieintensive Unternehmen Anlass zur Besorgnis. Unternehmen, bei denen die Energiekosten einen signifikanten Anteil an den Gesamtkosten ausmachen, können durch Kostensteigerungen, die nur Deutschland und nicht die Wettbewerber in anderen Ländern betreffen, stark unter Druck geraten.

Während beispielsweise mit über 40 Prozent vor allem die Unternehmen der Branche Elektro/Kfz erhöhte Marktchancen durch die Energiewende sehen, erwarten Unternehmen der Metallbranche

zu über 40 Prozent eine Bedrohung bestehender Märkte. Dies zeigt sich auch bereits in der Umsatzentwicklung: Gut ein Drittel der Elektro-/Kfz-Unternehmen konnten Umsatzsteigerungen durch die Energiewende realisieren. Nur etwa jedes elfte Metallunternehmen erreichte dies und in der Chemiebranche war es nicht mal jedes zwanzigste. Unternehmen, die forschen, innovieren und im Ausland tätig sind, können offenbar stärker von der Energiewende profitieren. Jeweils fast 19 Prozent der Unternehmen der Chemie- und der Metallbranche hatten bereits Beeinträchtigungen der Stromversorgung hinzunehmen. Über das gesamte Verarbeitende Gewerbe liegt dieser Anteil bei nur knapp 12 Prozent.

Abbildung 5
Desinvestition bei energieintensiven Unternehmen

Nettoinvestitionen in Prozent der Bruttoinvestitionen.
Energieintensive Industrien: Papier, Chemie, Glas/Keramik/Steine/Erden,
Metallerzeugung/-bearbeitung.



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Ein erstes Anzeichen für die schwierige Situation und das fehlende Vertrauen in die Qualität des Standorts Deutschland hinsichtlich seiner Kostensituation liegt in den schwachen Nettoinvestitionen der energieintensiven Unternehmen (Abbildung 5). Während bei der sonstigen Industrie die Nettoinvestitionen grob gerechnet zwischen +10 und -15 Prozent der Bruttoinvestitionen ausmachten, war dieser Anteil in den energieintensiven Branchen in den Jahren seit 2000 fast durchgängig stark negativ. In diesen Branchen überstiegen also die Abschreibungen fast immer die Gesamtinvestitionen. In der Spitze lagen die Nettoinvestitionen im Jahr 2005 bei -27,9 Prozent der Bruttoinvestitionen. Selbst im Boomjahr 2008 lag dieser Quotient gerade mal bei +5,5 Prozent. Über die Jahre

ist es kaum zu einem Ersatz der Abschreibungen durch neue Investitionen gekommen. Ein schleichender Desinvestitionsprozess findet statt, der bei verstärkten Energiekostenbelastungen noch kritischer zu werden droht.

Neben den Risiken birgt die Energiewende auch Chancen. Gut 11 Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sehen große Chancen für die Geschäftsfelder, in denen sie aktiv sind. Fast ein Drittel der Unternehmen erwartet immerhin geringe Chancen. Die Mehrheit, mit rund 60 Prozent aller Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, sieht dagegen keine Chancen, von der Energiewende zu profitieren.

Vor allem in den beiden Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz versprechen sie sich gute Absatzchancen. Insgesamt 85 Prozent der Unternehmen, die Chancen in der Energiewende erkennen, konzentrieren sich auf diese beiden Geschäftsfelder.

Unter die sonstigen Geschäftsfelder fallen Bereiche wie Materialeffizienz (etwa Leichtbau) oder nachhaltige Produkte (etwa in der Papierindustrie) – hier machen 8,2 Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes für sich Chancen durch die Energiewende aus.

Fazit

Die Energiewende birgt Risiken und Chancen. Diesbezüglich herrscht in der Industrie große Unsicherheit vor: 80 Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes halten die Auswirkungen auf den Standort Deutschland für unklar. Eine deutliche Stärkung sehen nur 1,2 Prozent der Unternehmen; dahingegen erwarten fast 18,8 Prozent eine deutliche Schwächung der Standortbedingungen.

Neue Geschäftsoptionen bieten Wachstumsmöglichkeiten. Dabei dürfen aber die Risiken nicht übersehen werden. Eine Gefahr besteht vor allem für energieintensive Unternehmen, die erheblichen Kostensteigerungen gegenüberstehen und diese nicht im internationalen Wettbewerb weitergeben können. Damit verbunden ist eine Schwächung der Industrieunternehmen auf nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette: Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die nur indirekt über Zuliefer- oder Netzwerkbeziehungen von der Energiewende betroffen sind, sehen Risiken für den Standort Deutschland im Hinblick auf den Ausfall von Gliedern der Wertschöpfungskette.

Der Innovationsverbund in integrierten Wertschöpfungsketten ist eine wesentliche Stärke des Industriestandorts Deutschland. Inländische Forschungs- und Entwicklungsnetze wären von Abwanderungen energieintensiver Unternehmen negativ beeinflusst. Die Innovationsimpulse, die bisher von energieintensiven Unternehmen kamen, könnten in diesem Maße nicht mehr erwartet werden. Eine Gefährdung der energieintensiven Branchen ist demnach auch ein Risiko für das Wohlstandsmodell Deutschlands. Eine ähnlich gute Zusammenarbeit mit Unternehmen aus dem Ausland in innovationsnahen Bereichen würde große Anstrengungen erfordern und teilweise auch gar nicht möglich sein.

Die enge Verflechtung zwischen energieintensiven und anderen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zieht also auch negative Zweitrundeneffekte nach sich, wenn sich die Energiewende in weiter steigenden Preisen und einer geringeren Stabilität von Unternehmensnetzwerken niederschlägt. Daher sollten bei der Energiewende übermäßige Belastungen vermieden und die notwendigen Ausnahmetatbestände für potenziell gefährdete Branchen beibehalten werden.

Ebenfalls von grundlegender Bedeutung ist eine stärkere Europäisierung der Energie- und Strompolitik. Gerade die Förderung erneuerbarer Energien als Kernelement der Energiewende kann nur

gelingen, wenn Effizienzpotenziale genutzt werden. Die Vollendung des Strombinnenmarktes in Europa würde nicht nur zu günstigerem und klimafreundlichem Strom sowie einer höheren Versorgungssicherheit führen, sondern durch den vergrößerten Markt auch den Raum für europäischen Wettbewerb in der Stromerzeugung schaffen. Eine sichere, preisgünstige und klimafreundliche Stromerzeugung lässt sich nicht mit der Idee einer Stromautarkie sicherstellen. Nationale Alleingänge sind ein Integrationshemmnis und sollten nicht weiterverfolgt werden.

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

Christoph Schröder, *La pauvreté en Europe*, « Note du Cerfa », n° 101b, mai 2013.

Brigitte Lestrade, *Entre réussite économique et précarité sociale: l'Allemagne dix ans après les lois Hartz*, « Note du Cerfa », n° 101a, mai 2013.

Isabel Schäfer, *Entre idéaux et intérêts : les nouvelles perspectives françaises et allemandes sur le Maghreb*, « Visions franco-allemandes », n° 22, février 2013.

Nele Wissmann, *Les migrants en Allemagne : le débat sur l'intégration*, « Note du Cerfa », n° 100, janvier 2013.

Alfred Grosser, *France-Allemagne : le présent en perspective*, « Visions franco-allemandes », n° 21, janvier 2013.

Claudia Major, *La France, l'Allemagne et la défense européenne*, « Visions franco-allemandes », n° 20, janvier 2013.

Das Cerfa

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Dr. Yann-Sven Rittelmeyer arbeitet dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunfts-dialog“ zuständig.